

Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Gera
Fraktionsgeschäftsstelle
Dr. W. Neudert

Wichtige Ergebnisse der Stadtratssitzung vom 12.12.2013

In der dem Stadtrat vorgelagerten Einwohnerfragestunde wurden 4 Themen abgehandelt:

- Verbesserung der Willkommens-Kultur für Flüchtlinge in der Stadt Gera (Herr Beutel)
- Protest gegen die Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B (Herr Meisner)
- Kritik an der Baumschutzsatzung, hier: Aufnahme der Erlaubnis zum Fällen alter und kranker Obstbäume (Frau Perlich)
- Nachfragen zu den Folgen des Hochwassers (Herr Renneberg).

Auch diesmal zeichnete sich ab, dass den Erwartungen der Fragesteller durch die Antworten der Verwaltung nur zum Teil entsprochen werden konnte.

Nachdem die OB zu Beginn der Sitzung des Stadtrates die Vorlage zur Überarbeitung der Hauptsatzung zurückgezogen hatte, gab sie eine Erklärung zur Pressemitteilung des Thüringer Landesverwaltungsamtes (LVA) zur Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) der Stadt Gera ab.

Darin erklärte sie ihr Unverständnis über die getrennte Behandlung des HSK und des Nachtrages zum Haushalt 2013 durch das LVA. Beauftragt war die Stadt, beide Dokumente in einem Beschluss zu fassen. Ihre Kritik an einer anderslautenden Pressemitteilung des LVA aus der vergangenen Woche verband die OB mit der Forderung nach der Fürsorge- und Beratungspflicht des LVA gegenüber der Stadt.

Mit der Genehmigung des HSK ist die Liquidität der Stadt gegeben.

Die Hauptsatzung soll als Ganzes – und nicht in einzelnen Teilen – zu Beginn des Jahres 2014 beschlossen werden. Dazu soll noch im Januar in den Gremien diskutiert werden.

Mit Beschlussfassung 260/2004, 7. Ergänzung, wurde die durch die Verwaltung vorgeschlagene **Neubesetzung der Vertreter der Stadt Gera in der Trägerversammlung des Jobcenters** angenommen.

Nicht bestätigt wurde die – durch die Verwaltung eingereichte – Vorlage zur **Jahresrechnung 2010 der Stadt Gera**. Paradoxerweise stimmte auch die Einreicherin der Vorlage, OB Dr. V. Hahn, gegen ihre Vorlage.

Beschlossen hat der Stadtrat **außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 719,7 T€ in Zuge des „Aufbauprogramms zur Wiederherstellung der Infrastruktur in den Gemeinden infolge des Hochwassers...“**.

Für das **Hofwiesenbad hat der Stadtrat 2,16 Mio. € finanzielle Mittel zur Beseitigung der Hochwasserschäden genehmigt**.

Der Einleitungsbeschluss zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan VB/77/08 „Erweiterung DAGRO GmbH“ wurde aufgehoben.